

# DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 18/99

Berlin

3 Ex

6. Mai 1999

66. Jahrgang

## Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus Verfall wird offenkundig

Deutsches Institut für  
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

*Die Republik Belarus hat seit Jahren mit den Auswirkungen ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik zu kämpfen. Nur die verkappte Subventionierung durch Rußland ermöglichte die Fortsetzung dieser Politik. Die Krise in Rußland hat nun die Probleme in Belarus weiter verschärft. Ungerührt, ja sogar bestärkt, präsentiert Präsident Lukaschenko seinen Weg als vorbildlich für Rußland und setzt zugleich seine langjährigen Bemühungen um eine politische Union mit Rußland fort. Bislang sind jedoch die entsprechenden Vertragswerke immer wieder ohne reale Inhalte geblieben.<sup>1</sup>*

### Produktion, Investitionen, Preise

Der von den Instituten befürchtete wirtschaftliche Niedergang<sup>2</sup> hat in Weißrußland im Grunde genommen bereits begonnen. Die von der offiziellen Statistik verbreiteten Zahlen reflektieren diese Entwicklung gleichwohl nur in höchst eingeschränktem Maße.<sup>3</sup> Für das erste Halbjahr 1998 war noch eine Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von deutlich über 10 % gemeldet worden. Im weiteren Verlauf des Jahres hat das gemeldete Wachstum nachgelassen; der Zuwachs für das Gesamtjahr beträgt aber immer noch außerordentlich hohe 8,3 % (Tabelle 1). Selbst für das vierte Quartal 1998 wurde noch ein Zuwachs von 4,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal gemeldet. Ein absoluter Rückgang des BIP wird erstmals für den Zeitraum Januar bis Februar 1999 ausgewiesen (–0,7 %); für das erste Quartal 1999 werden 1,0 % gemeldet.

Diese oberflächlich betrachtet keineswegs katastrophale Entwicklung resultiert unter anderem daraus, daß die Bewertung des BIP und seiner Bestandteile zu Preisen erfolgt, die nicht den Realitäten einer kleinen offenen Volkswirtschaft entsprechen. Es kann daher nicht verwun-

<sup>1</sup> Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 339/1999, IWH Forschungsreihe 3/1999, sowie im Frühsommer 1999 in: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa — Sammelband 1999, erhältlich beim Bundesministerium für Wirtschaft.

<sup>2</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus — Weitere Restauration der Planwirtschaft. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung, Halle (DIW et al.). In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/98. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 327/1998, IWH Forschungsreihe 8/1998.

<sup>3</sup> Soweit nicht anders vermerkt, sind die nachfolgenden Zahlenangaben den Veröffentlichungen des Ministeriums für Statistik und Analysen (Minstat) der Republik Belarus entnommen.

Tabelle 1

**Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990 bis 1998**  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup>	.	-1	-10	-8	-13	-10	3	11	8,3
Industrieproduktion <sup>1)</sup>	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	18,8	11,0
Agrarproduktion <sup>1)</sup>	-8,7	-4,9	-8,5	3,7	-14,4	-4,7	2,4	-4,9	-0,4
Bruttoanlageinvestitionen <sup>1)</sup>	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	16,0
Gütertransportvolumen <sup>2)</sup>	-3	-6	-25	-30	-36	-26	-19	7	6,0
Beschäftigte	1	-3	-3	-1	-3	-6	-1	0	0,5
Einzelhandelsumsatz <sup>1)</sup>	15	-8	-22	-14	-10	-23	31	18	21,0
Nominale Geldeinkommen pro Kopf	18	94	754	1 393	2 008	497	80	74	108
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	61	88	104
Reallöhne	14	4	-12	-7	-31	-5	5	14	18
Verbraucherpreise									
Jahresdurchschnitt	5	94	971	1 190	2 221	709	53	64	73
Dezember zu Dezember	.	.	.	1 997	1 960	244	39	63	182
Industrielle Erzeugerpreise									
Jahresdurchschnitt	.	165	531	1 787	1 916	499	32	89	70
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 857	140	29	90	196
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9	2,8	2,3

<sup>1)</sup> Real. — <sup>2)</sup> Auf Tonnenbasis.

Quellen: Minstat: Respublika Belarus' v cifrach. Minsk 1997, S. 5, 57 und 169; Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1998.

dern, daß sich Präsident Lukaschenko dagegen verwehrt, für die zeitliche Entwicklung etwa der weißrussischen Löhne den Gegenwert in Hartwährung als Maßstab zu nehmen; die freien Wechselkurse bezeichnet er als „betrügerisch“. <sup>4</sup> In der Tat können Wechselkurse weit von den Realitäten entfernt sein. Vor allem im Gefolge rascher Zu- und Abflüsse von ausländischem Kapital, wie im Kontext der Asienkrise, kann dies zutreffen. Gerade in Belarus aber kam es nie zu vergleichbaren Kapitalzuflüssen, und dies nicht nur wegen der fehlenden Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Sehr wohl aber kam es wegen einer sehr starken Geldmengenausweitung zu kaum verwunderlichen Inflationsängsten und dementsprechend zu Versuchen, weißrussische Rubel nach Möglichkeit abzustößen. Selbst massive Kapitalverkehrskontrollen waren zu keiner Zeit imstande, die Kapitalflucht zu verhindern. <sup>5</sup>

Die offiziellen Wachstumszahlen sind daher auf Grund von Preis- und Wechselkurskontrollen nach oben verzerrt. Das Ausmaß der nötigen Relativierung weißrussischer Wachstumserfolge ist quantitativ nicht mit einer vertretbaren Zuverlässigkeit zu bestimmen. Auf der Verwendungsseite des BIP zeigt sich die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Form eines rapiden Verfalls der offiziell ausgewiesenen Zuwachsraten. Der reale Einzelhandelsumsatz lag in der ersten Jahreshälfte 1998 noch um mehr als 40 % über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Im Gesamtjahr 1998 betrug der Zuwachs nur mehr gut 20 %. Die Entwicklung der Investitionstätigkeit deutet in die gleiche Richtung. Im ersten Halbjahr 1998 betrug die reale Zuwachsrate der Bruttoanlage-

investitionen noch knapp 30 %, im Gesamtjahr 1998 lag sie bei 16 %. Hinter dieser Verlangsamung stehen sinkende Wachstumsraten der Investitionen in der Industrie und im Wohnungsbau (Tabelle 2); auf diese beiden Bereiche entfallen zusammengenommen über 55 % der Gesamtinvestitionen. Eine deutliche Aufwärtsentwicklung zeigen nur die Investitionen in die Landwirtschaft. Allerdings ist in Erinnerung zu rufen, daß der Anteil der landwirtschaftlichen Investitionen an den Gesamtinvestitionen zuvor dramatisch von 29 % im Jahr 1990 auf einen Tiefpunkt von 5 % im ersten Quartal 1998 gesunken war.

Vom Staatsverbrauch und von den Lagerinvestitionen ist nach den verfügbaren Informationen kein identifizierbarer Wachstumsimpuls ausgegangen. Der Staatsverbrauch (vgl. Abschnitt Öffentliche Haushalte) hat angesichts eines leicht zurückgehenden Defizits eher dämpfend auf die Entwicklung des BIP gewirkt. Jedoch muß klar sein, daß die entscheidende staatliche Aktivität in Weißrußland in Form präsidential gelenkter Kredite der Notenbank an industrielle und landwirtschaftliche Betriebe stattfindet und am Staatshaushalt vorbeigeht. Von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung des BIP ist der Außenhandel. Eine

<sup>4</sup> Diskussion im russischen Fernsehen, zitiert nach Belapan, 9. Dezember 1998, und Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE-RL) vom 10. Dezember 1998.

<sup>5</sup> Das Ausmaß der Kapitalflucht ist nicht genau zu bestimmen. Nach weißrussischen Schätzungen belief sich das ins Ausland transferierte bzw. im Inland in Form von Devisen außerhalb des Bankensystems gehortete Vermögen Mitte 1998 auf bis zu 4 Mrd. US-Dollar.

Tabelle 2

**Investitionsentwicklung in konstanten Preisen 1990 bis 1998**  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Investitionen insgesamt	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	16
Produzierender Bereich	5	4	-40	-13	-10	-29	2	14	10
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	0	19	12
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-16	1	38
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-32	23	42
Transport	3	39	-27	7	-24	0	0	23	-4
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-5	100	81	-20	-21
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	19	15	37
Materialversorgung und Absatz	38	-27	-38	48	-24	-15	27	71	19
Nichtproduzierender Bereich	16	4	-7	-16	-12	-33	-14	29	25
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-5	42	27
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-12	8	21
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-30	28	13
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-1	26	14
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-24	21	96
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-65	150	6
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	.	.	.	.	138	28	-41	-27	35

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1996, S. 159, 164 f.; Nr. 12/1997, S. 162, 166; Nr. 12/1998, S. 144 ff.

Rettungsleine für die weißrussische Wirtschaft waren lange Zeit die Verbindungen zu Rußland, insbesondere wirtschaftliche Zugeständnisse Rußlands in Form kreditierter bzw. in Naturalien bezahlter Energielieferungen. Die russische Bereitschaft, weißrussische Produkte abzunehmen, hat sich in letzter Zeit dramatisch verringert. Zudem gingen die Exporte nach Polen zurück, ebenso wie die bislang beträchtlichen Einnahmen aus Transportdienstleistungen (Gütertransit nach Rußland).

Die Entstehungsseite des BIP reflektiert die gesamtwirtschaftliche Problemlage. Die ausgewiesenen Wachstumsraten gingen deutlich zurück (Tabelle 3). Absolute Rückgänge konstatiert die offizielle Statistik jedoch nur für die landwirtschaftliche Produktion (-0,4 %) und innerhalb der Industrie für die Elektrizitätswirtschaft (-7,5 %). Die Ergebnisse der Landwirtschaft sind teilweise wetterbedingt. Damit werden jedoch nur die grundsätzlichen Probleme im Agrarbereich verschärft, die mittlerweile auch

Tabelle 3

**Industrieproduktion nach Zweigen 1990 bis 1998**  
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Industrie insgesamt <sup>1)</sup>	2	-1	-9	-10	-17	-12	4	19	11
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2	6	-8
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5	-1	1
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-14	-13	-1	23	35	15
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	2	26	13
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7	19	6
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14	35	21
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	-4	26	14
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12	27	22
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-6	-13	6	21	19

<sup>1)</sup> Ohne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1997, S. 108 ff.; Nr. 12/1998, S. 32 ff.

Tabelle 4

**Monatliche Preisentwicklung 1994 bis 1998**  
Veränderungen gegenüber Vormonat in %

	Verbraucherpreise						Industrielle Erzeugerpreise					
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Januar	40,7	39,2	5,6	13,3	3,9	16,6	24,3	44,4	4,0	18,5	3,7	28,0
Februar	18,7	33,7	4,0	6,6	3,1	13,7	17,4	13,2	0,3	15,4	3,7	18,1
März	10,2	20,0	2,0	2,3	3,3	.	11,9	9,5	1,1	5,3	2,7	15,0
April	28,6	14,5	1,5	4,3	3,8	.	37,0	7,5	1,6	7,0	2,3	.
Mai	28,7	3,4	0,6	5,0	3,4	.	32,4	1,7	0,4	5,9	3,0	.
Juni	19,5	2,5	2,3	4,5	2,7	.	22,0	1,3	2,1	2,5	3,5	.
Juli	26,6	5,2	2,0	1,4	2,8	.	17,5	2,4	1,7	2,3	4,9	.
August	53,4	3,0	1,3	1,0	3,8	.	42,5	5,2	3,5	1,4	6,3	.
September	25,5	5,2	1,8	5,0	17,6	.	41,1	5,0	2,1	2,3	10,7	.
Oktober	25,7	3,4	1,3	3,2	21,0	.	41,6	2,1	1,6	2,4	12,4	.
November	40,5	3,7	3,9	1,8	25,0	.	28,4	2,7	2,2	2,4	22,4	.
Dezember	31,3	3,9	7,4	2,3	21,7	.	26,4	2,2	5,5	2,6	44,5	.

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1996, S. 193 und 217; Nr. 12/1997, S. 205 und 229; Nr. 12/1998, S. 185 und 209; Presseveröffentlichungen auf der Basis von Minstat.

von politischer Seite erkannt werden. Präsident Lukaschenko nannte es ein „Verbrechen“, landwirtschaftliche Verlustbetriebe weiter zu subventionieren.<sup>6</sup> Der Mangel an Futtergetreide hat sich zuletzt offenbar besonders verschärft, so daß mit einem weiteren Rückgang der Viehbestände zu rechnen ist.

Die Abflachung der Produktion erfaßte sämtliche in der Statistik ausgewiesenen Industriezweige. Die Zuwachsraten blieben 1998 bei etwa der Hälfte des Vorjahres, wobei die Verlangsamung im zweiten Halbjahr 1998 besonders ausgeprägt war. Einen starken Rückgang verzeichnete die Erzeugung von elektrischem Strom. Zugleich stiegen die Stromimporte um ein Drittel; dies ist die höchste Zunahme unter den ausgewiesenen Einfuhrkategorien.<sup>7</sup> Die industrielle Produktion konnte bislang vor allem dadurch aufrechterhalten werden, daß Rußland traditionelle weißrussische Produkte (Lkw, Chemiefasern, Reifen etc.) im Barterhandel zu unbekanntem, aber wahrscheinlich beträchtlichen Preisabschlägen abgenommen hatte. Dieser Hauptabsatzmarkt ist nicht mehr im bisherigen Umfang aufnahmefähig. Zudem sind die vergleichsweise geringen, stark rohstofflastigen Ausfuhren in den Nicht-GUS-Raum (z.B. Eisen und Stahl, Kali-Dünger, Holz und Holzprodukte) an deutliche Grenzen gestoßen. Auch konnten die Exportunternehmen schon bisher kaum kostendeckend produzieren.

Die Preisentwicklung im Jahr 1998 war zunächst von der präsidentialen Vorgabe einer maximalen monatlichen Steigerungsrate von 2 % (bzw. 27 % pro Jahr) geprägt (Tabelle 4). Erwartungsgemäß geriet diese Vorgabe in einen scharfen Konflikt mit der extrem expansiven Geldpolitik. Nachdem auf Panikkäufe der Bevölkerung anfangs mit

Rationierungen und Versuchen der Verhinderung von Exporten in die Russische Föderation, wo die Preise für Lebensmittel etwa beim Fünffachen lagen, reagiert wurde, stellte sich diese Politik im Zeitablauf zunehmend als unhaltbar heraus. Zwar kritisierte Präsident Lukaschenko seinen Ministerpräsidenten Ling wegen der Verdoppelung des Wodkapreises.<sup>8</sup> Bald jedoch argumentierte er, Preisanhebungen seien nötig, um die Produzenten zu schützen, die ihre Kosten decken wollten.<sup>9</sup> Allerdings forderte er zugleich, daß es danach keine weiteren Preissprünge geben solle, auch wenn dies sehr schwierig für das Land werde.<sup>10</sup>

Ob die neuerlichen Versprechungen Aussicht auf Erfolg haben können, wird wesentlich davon abhängen, ob Geld- und Wechselkurspolitik verträglich gestaltet werden. Seit Jahren hängt die weißrussische Wirtschaftspolitik der Illusion nach, sie könne die Geldmenge stark ausweiten, ohne rechtzeitig auch den Wechselkurs anpassen

<sup>6</sup> Treffen mit landwirtschaftlichen Betriebsleitern; vgl. Belapan, zitiert nach RFE-RL vom 14. Januar 1999.

<sup>7</sup> Es dürfte sich dabei um — nicht bezahlte — Stromlieferungen aus Litauen handeln. Die entsprechenden Schulden lagen Anfang 1999 bei 100 Millionen US-Dollar; vgl. Reuters vom 22. Februar 1999.

<sup>8</sup> Lukaschenko äußerte, die Preisanhebung für Wodka zeige, daß Ling sein Volk hasse, sich selbst und sein Land diskreditiere. Zugleich ordnete er an, die Löhne seien um den Wert mehrerer Flaschen Wodka zu erhöhen. Weißrussisches Fernsehen, zitiert nach RFE-RL vom 20. November 1998.

<sup>9</sup> Weißrussisches Fernsehen, 24. November 1998, zitiert nach RFE-RL vom 25. November 1998.

<sup>10</sup> Weißrussisches Fernsehen, 1. Dezember 1998, zitiert nach RFE-RL vom 2. Dezember 1998.

zu müssen. Angestrebt wird nunmehr zum wiederholten Male ein einheitlicher Wechselkurs, ohne daß Klarheit darüber herrscht, wo dieser liegen soll.<sup>11</sup> Umfragen deuten darauf hin, daß die Bevölkerung bis auf weiteres keine Absenkung der hohen Steigerungsraten bei Verbrauchsgüterpreisen (Gesamtjahr 1998: +182 %) erwartet. Vielmehr scheint von einer Fortsetzung der extrem hohen Inflationsraten vom Herbst 1998 ausgegangen zu werden, die im letzten Quartal 1998 im Schnitt deutlich über 20 % pro Monat lagen. Der Zuwachs der industriellen Erzeugerpreise bewegte sich im abgelaufenen Jahr in einer ähnlichen Größenordnung wie der der Verbraucherpreise, wobei jedoch die Beschleunigung des Preisanstiegs mit einer gewissen Verzögerung einsetzte (Monatsrate im Dezember 1998: +44,5 % gegenüber November).

### Arbeitsmarkt

Die von der Statistik ausgewiesenen hohen Wachstumsraten haben sich erneut auch in der Zahl der Beschäftigten niedergeschlagen. Im Dezember 1998 lag deren Zahl um 95 400 Personen über dem Vorjahreswert.<sup>12</sup> Die Arbeitslosenquote fiel auf ein Maß, das für ehemalige Planwirtschaften einmalig niedrig ist, und lag mit nur noch 2,3 % unterhalb des Vorjahreswerts (2,8 %). Die stärksten Beschäftigungszugänge verzeichneten der Handel und das Gaststättengewerbe (+10,7 %), das Bankgewerbe (+8 %) sowie das Baugewerbe (+7,2 %). Ein Beschäftigungsabbau ergab sich in der Wissenschaft (-6,5 %), in der Landwirtschaft (-4,9 %) und im Großhandel (-3,6 %).

Die Anzahl der offiziell registrierten Arbeitslosen lag Ende Dezember 1998 bei 105 900 Personen, das waren 20 300 weniger als im Dezember 1997. Der Anteil der langfristig Arbeitslosen (länger als 1 Jahr) verringerte sich von 24,5 % im Jahre 1997 auf 18,7 %. Die amtliche Statistik berichtet allerdings nur die Quote der offiziell als arbeitslos registrierten Personen. Nach der ILO-Methode<sup>13</sup> dürfte die Arbeitslosigkeit — wie auch in Rußland — viel höher sein.

Der Anteil der Arbeitslosen, die eine Arbeitslosenunterstützung erhielten, betrug wie im Vorjahr lediglich 39 %.<sup>14</sup> Von der Arbeitslosenunterstützung ging für Arbeitslose kein Anreiz zur Registrierung aus; die Unterstützung erreichte im Dezember 1998 nur 6,5 % des Durchschnittslohnes bzw. 12 % des Existenzminimums.<sup>15</sup> Etwa die Hälfte der Arbeitslosen waren Personen bis 29 Jahre, zwei Drittel waren Frauen.

Die betriebsbedingte Teilzeitarbeit, eine Form verdeckter Arbeitslosigkeit, verringerte sich in den ersten elf Monaten 1998 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 35 % und betraf 4,4 % der Beschäftigten. Zudem wurde von den Betriebsleitungen für 4,9 % der Beschäftigten Urlaub angeordnet (-30 %). Rund 40 % der Betroffenen erhielten während des Zwangsurlaubs keinerlei Entgelt.<sup>16</sup>

Die Anzahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen blieb praktisch unverändert. Auf eine freie Stelle entfielen im Dezember 1998 mit 3,5 gemeldeten Arbeitslosen weniger als im Dezember 1997 (4,3 Arbeitslose). Von den Unternehmen werden vorrangig solche Arbeitsplätze als offen gemeldet und angeboten, die keine oder nur eine geringe Qualifikation erfordern.

### Einkommen der privaten Haushalte

Auch für 1998 werden außergewöhnlich hohe reale Zuwachsraten der Geldeinkommen und Löhne ausgewiesen. Die hohen Zuwachsraten sind allerdings als fiktiv anzusehen, weil staatliche Regulierungsmaßnahmen auf den Märkten immer wieder Versorgungslücken verursachen, die sich zudem im Zusammenhang mit der Krise in Rußland weiter verschärft haben. Statistisch betrachtet stiegen die Geldeinkommen der privaten Haushalte um 19 % (1997: 6 %) und die Löhne um 17,8 % (1997: 14 %).<sup>17</sup> Während die realen Geldeinkommen in den Monaten ab Februar und insbesondere ab September 1998 im Vorjahresvergleich, trotz der hohen Inflationsraten, zweistellige Zuwachsraten aufwiesen, war die monatliche Reallohnentwicklung zwischenzeitlich im Vergleich zum Vormonat auch rückläufig.

Der Anteil der Löhne an den Gesamteinkommen der privaten Haushalte hatte zur Jahresmitte 1998 noch 58,6 % betragen, sank jedoch für das Gesamtjahr auf 53,2 %, während der Anteil der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Vermögen und sonstigen Quellen von 23 auf 29,6 % stieg. Bei den Geldausgaben der privaten Haushalte stieg der Anteil des Konsums auf 79,4 %, während der Anteil der Ersparnisbildung auf 11 % sank. Dies deutet daraufhin, daß bei zunehmender Inflation eine Flucht in Sachwerte stattfand. Allerdings läßt sich ein solches Verhalten nicht mit der behaupteten Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes in Einklang bringen, der nahezu die gleiche Zuwachsrate wie die realen Geldeinkommen aufweist (vgl. auch Tabelle 1). Gerade auf Grund des von der Regierung beklagten zunehmenden illegalen Exports nach Rußland, in die Ukraine und nach Litauen müßte er jedoch einen überproportionalen Zuwachs verzeichnen.

<sup>11</sup> Als Einführungszeitpunkt wird nun August 1999 genannt.

<sup>12</sup> Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1998.

<sup>13</sup> Die International Labour Organization (ILO) berechnet die Zahl der Arbeitslosen als Differenz zwischen den Erwerbspersonen und den Beschäftigten.

<sup>14</sup> Vgl. Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1998, S. 63.

<sup>15</sup> Vgl. Belarus Economic Trends, October-December 1998. Minsk 1999.

<sup>16</sup> Vgl. O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare — dekabre 1998 g. In: Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta. Nr. 4/1999. S. 12 ff.

<sup>17</sup> Vgl. ebd.

Das Ausmaß der Lohndifferenzierung hat sich praktisch nicht verändert. Die höchsten Löhne wurden wie bisher im Bankgewerbe (208 % des Durchschnitts), in der staatlichen Verwaltung (132 %) und im Baugewerbe (130 %) gezahlt, die niedrigsten Löhne im Sozialwesen (53,3 %) und in der Landwirtschaft (58,9 %).<sup>18</sup> Während die Relation des Durchschnittslohnes zum Existenzminimum 213 % betrug, belief sich die Relation des Mindestlohnes zum Existenzminimum auf lediglich 13 % (1997: 15 %).

Die Lohnrückstände blieben im Dezember 1998 mit einem Umfang von 6 % der Lohnsumme des Vormonats gering und lagen insbesondere unter den in Rußland beobachteten Werten. Die Rückstände sind vor allem ein Problem in der Landwirtschaft, auf die 85 % der Rückstände entfielen (Industrie: 7 %).

Die Renten wurden im Jahresverlauf mehrmals erhöht. Dennoch blieb die soziale Lage der Rentner angespannt. Im Jahr 1998 erreichte die durchschnittliche Altersrente nur 95 % des Existenzminimums. Knapp 60 % der Rentner erhielten eine Rente unterhalb des Existenzminimums. Ungeachtet der realen Zuwächse der Durchschnittseinkommen blieb es bei großer Armut und geringen sozialen Standards. Etwa ein Drittel der Bevölkerung hatte wie im Vorjahr ein Einkommen unterhalb des Existenzminimums.<sup>19</sup> Neben der Gruppe der Rentner gehören vor allem Haushalte mit mehreren Kindern zu den Armen. Die Hälfte der Haushalte mit fünf und mehr Personen sowie 40 % der Angehörigen der Altersgruppe bis 17 Jahren hatten im dritten Quartal 1998 statistisch ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze.<sup>20</sup> Für 1999 ist eine teilweise Indexierung der Löhne und Renten vorgesehen. Dabei sollen die Einkommen bis zur Höhe des Existenzminimums der Preisentwicklung angepaßt, darüber hinausgehende Einkommen bis zur Höhe des „Minimalen Verbraucherbudgets“ nur in einem Umfang von 80 % der Preissteigerungsrate angeglichen werden.

### Öffentliche Haushalte

Umfangreiche quasi-fiskalische Aktivitäten reduzieren die Aussagekraft der vom weißrussischen Finanzministerium vorgelegten Daten zur Situation der öffentlichen Haushalte. Zu diesen Aktivitäten sind nicht nur die staatlich verordnete Kreditvergabe zu präferentiellen Konditionen, sondern auch die massiven direkten Eingriffe in den Preismechanismus zu zählen. Ziel ist es, den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft zu erhöhen, ohne zugleich die Budgetbelastung auszuweiten. Exemplarisch kann die Budgetentlastung durch derartige Aktivitäten anhand der Preisregulierungen dargestellt werden: Per Gesetz wird ein Preis etwa für ausgewählte Nahrungsmittel festgelegt. Dies würde eigentlich eine budgetwirksame Preissubventionierung erfordern. Da diese nicht gezahlt wird, verschlechtert sich im entsprechenden Umfang die

finanzielle Situation der Betriebe, und die Verluste werden zumeist durch gelenkte Kredite der Zentralbank ausgeglichen.

Das für 1998 ausgewiesene Defizit von 1,1 % des BIP (Tabelle 5), das wiederum selbst zu einem erheblichen Teil durch präferentielle Kredite finanziert wurde, stellt daher die Untergrenze des tatsächlichen staatlichen Finanzierungssaldos dar. Schätzungen zufolge dürfte allein die Zinsersparnis der staatlichen Wirtschaftseinheiten durch präferentielle Kreditkonditionen 1998 bei mindestens 3,5 % des BIP gelegen haben.<sup>21</sup> Nicht zuletzt bedingt durch die real negative Verzinsung staatlicher Kredite sowie durch die inflationsbedingte Entwertung der realen Kreditsumme belief sich die Inlandsschuld der öffentlichen Haushalte Ende 1998 auf nur noch etwa 3 % des BIP. Derart niedrige Verschuldungsquoten sind für hochinflationäre Volkswirtschaften typisch, denn Inflation kann auch als Umverteilung zugunsten von Schuldnern begriffen werden. In dieses Bild paßt, daß in Belarus mit der hohen Inflation und der Finanzierung staatlicher Ansprüche durch Geldemission die Bedeutung der Inflationssteuer erneut anstieg.

Seit dem Haushaltsjahr 1998 werden die Einnahmen und Ausgaben der außerbudgetären Fonds (ohne Sozialversicherungsfonds) im konsolidierten Haushalt gebucht. Dieser methodische Bruch ist dafür verantwortlich, daß 1998 die Einnahmen des konsolidierten Haushalts im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen sind. Abzüglich dieser zweckgebundenen Zuflüsse in Höhe von 5,7 % des BIP waren die Anteile von Steuern und Abgaben am BIP rückläufig (1997: 32,2 %; 1998: 30,5 %). Damit ist es im zweiten Halbjahr 1998 zu einer scharfen Trendwende gekommen; zuvor waren die Einnahmen des um die außerbudgetären Fonds bereinigten konsolidierten Haushalts um etwa drei Prozentpunkte auf über 35 % des BIP gestiegen.<sup>22</sup> Diese Trendwende kann weder mit steuerrechtlichen Veränderungen noch mit steigenden Steuerrückständen erklärt werden.<sup>23</sup> Vielmehr kann die Entwicklung als Indikator dafür gelten, daß sich bei staatlich induzierten Produktionssteigerungen und Preissetzungen

<sup>18</sup> Vgl. Minstat: *Statističeskij bjulleten'*, Nr. 12/1998, S. 66.

<sup>19</sup> Vgl. Belarus Economic Trends, a.a.O.

<sup>20</sup> Vgl. ebd.

<sup>21</sup> Diese Schätzung wurde auf Grundlage der Angaben der International Financial Statistics bezüglich der Kreditallokation vorgenommen; vgl. International Monetary Fund, CD-ROM, Washington, D.C., März 1999. Angenommen wurde eine durchschnittliche Verzinsung der Kredite an staatliche Wirtschaftseinheiten von nominal 12 %. Vgl. zu den Kreditkonditionen: Belarus Economic Trends, a.a.O.

<sup>22</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus — Weitere Restauration der Planwirtschaft, a.a.O.

<sup>23</sup> Das Problem der Steuerrückstände, die im Jahr 1998 bei etwa 0,5 % des BIP lagen, ist in Belarus wesentlich geringer als in der Russischen Föderation; vgl. Belarus Economic Trends, a.a.O.

Tabelle 5

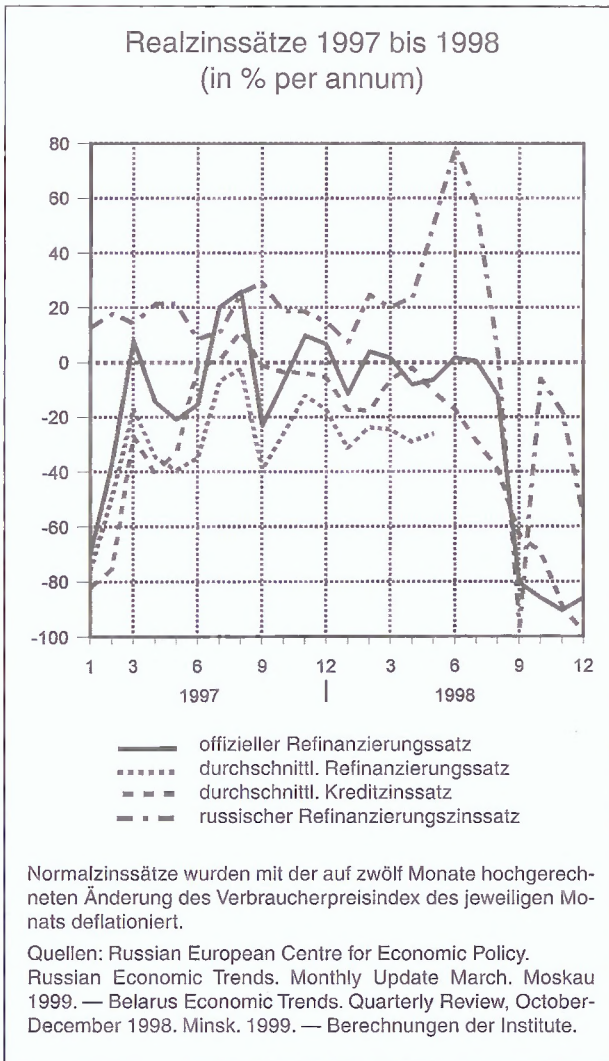
## Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts 1992 bis 1998

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	<i>Einnahmen (Struktur in %)</i>						
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,4	28,0	28,1	29,8	25,7
Akzisen	8,9	12,1	10,6	7,9	12,5	13,0	11,0
Gewinnsteuer	25,8	29,7	30,7	21,6	14,5	14,6	12,4
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	9,3	10,5	9,9	10,5
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	4,9	8,0	.	.	.
Mineralölsteuer	2,4	2,6	2,2	1,7	0,5	.	.
Immobiliensteuer	0,6	0,9	1,3	2,5	1,9	.	.
Zölle etc.	1,6	6,9	9,2	5,7	6,7	8,1	6,4
Außerbudgetäre Fonds <sup>1)</sup>	.	.	.	.	.	.	7,7
Sonstige Einnahmen	7,8	5,4	6,4	15,4	.	.	.
	<i>Ausgaben (Struktur in %)</i>						
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,9	19,9	16,1	15,8
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	35,9	42,8	48,7	42,7	38,3
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,7	.	1,5	1,3
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,7	.	.	.
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	.	4,7	2,9
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	2,4	6,2	5,4
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	1,1	3,2	2,9
Außenwirtschaft	.	.	.	.	.	0,9	0,8
Schuldendienst	2,0	1,2	0,6	0,6	.	1,9	2,1
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,2	27,9	22,9	30,3
Saldo in % der Ausgaben	-5,7	-13,1	-8,7	-8,5	-6,7	-6,3	-2,9
	<i>Einnahmen (Anteile am BIP in %)</i>						
Insgesamt	32,3	37,0	36,8	30,0	27,5	32,2	36,2
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,4	7,7	9,6	9,3
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,4	3,4	4,2	4,0
Gewinnsteuer	8,3	10,8	10,9	6,4	4,0	4,7	4,5
Einkommensteuer	2,4	2,7	2,7	2,8	2,9	3,2	3,8
Tschernobylsteuer	2,7	2,8	1,8	2,4	.	.	.
Mineralölsteuer	0,8	1,0	0,8	0,5	0,1	.	.
Immobiliensteuer	0,2	0,3	0,5	0,7	0,5	.	.
Zölle etc.	0,5	2,6	3,4	1,7	1,8	2,6	2,3
Außerbudgetäre Fonds <sup>1)</sup>	.	.	.	.	.	.	2,8
Sonstige Einnahmen	2,5	2,0	2,3	4,6	.	.	.
	<i>Ausgaben (Anteile am BIP in %)</i>						
Insgesamt	34,3	42,3	39,9	32,3	30,2	34,4	37,3
Volkswirtschaft	14,3	16,3	11,0	7,1	6,0	5,5	5,9
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,8	14,3	13,9	14,7	14,7	14,3
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,5	.	0,5	0,5
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,5	.	.	.
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	.	1,6	1,1
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	0,7	2,1	2,0
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,1	0,3	1,1	1,1
Außenwirtschaft	.	.	.	.	.	0,3	0,3
Schuldendienst	0,7	0,5	0,2	0,2	.	0,7	0,8
Sonstige Ausgaben	0,6	4,0	7,0	3,3	.	7,9	11,3
Saldo in % des BIP	-2,0	-5,6	-3,6	-2,8	-2,0	-2,2	-1,1

<sup>1)</sup> Seit 1998 dem konsolidierten Haushalt zugerechnet. Ohne Sozialversicherungsfonds.

Quellen: Minstat: Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 175 ff.; Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1997, S. 81 ff.; Berechnungen der Institute.

Abbildung 1



viele Unternehmen in der Verlustzone bewegen. Für diese These spricht auch, daß das gemessen an der ausgewiesenen wirtschaftlichen Prosperität ohnehin geringe Gewinnsteueraufkommen wiederum zurückging.

Die um die umlagefinanzierten außerbudgetären Fonds bereinigten Ausgaben des konsolidierten Haushalts betragen Ende 1998 knapp 32 % des BIP und waren damit im Vergleich zum Vorjahr stark rückläufig. Da die Kürzungen vor allem bei den „sonstigen Ausgaben“ verbucht wurden, lassen sich keine Aussagen über einen möglichen Strukturwandel auf der Ausgabenseite machen. Nach wie vor werden die Haushaltsmittel schwerpunktmäßig zur Finanzierung der Volkswirtschaft und damit zur Subventionierung sowie für die soziale Sicherung verwendet. Die Ausgaben aus den außerbudgetären Fonds waren in den ersten neun Monaten 1998 gegenüber dem Vorjahr rückläufig.<sup>24</sup> Allein der Agrarfonds, aus dem zusätzliche Mittel an die defizitäre Landwirtschaft gezahlt

werden, dürfte sein Gewicht gegenüber dem Vorjahr erhöht haben.

Im Februar 1999 wurde der Republikshaushalt für das laufende Jahr verabschiedet. Er basiert auf einem angenommenen Wirtschaftswachstum zwischen 4–6 % und einer Inflationsrate von 80–100 %. Diese Annahmen müssen jedoch als zu optimistisch gelten. Nach dem Haushaltsgesetz stehen Einnahmen in Höhe von 36,7 % des BIP Ausgaben von 38,5 % gegenüber. Da Belarus nur bei einer deutlich geänderten Politik Zugang zu internationalen Finanzressourcen haben könnte, wird das Haushaltsdefizit wiederum über inländische Quellen, vor allem durch Notenbankkredite, gedeckt werden. Weiterhin geplant ist eine Reform des Steuerrechts. Kernpunkte sind eine Senkung der Gewinnsteuer um fünf Prozentpunkte auf 25 % und eine Harmonisierung der Einkommensteuer zwischen Belarus und der Russischen Föderation. Zugleich soll die Steuerbasis bei den speziellen Verbrauchssteuern ausgeweitet werden.<sup>25</sup>

### Geld- und Währungspolitik

Wie bereits in den Vorjahren wurde die Geldpolitik im Jahr 1998 hauptsächlich für die Finanzierung quasi-fiskalischer Aktivitäten der Regierung instrumentalisiert. Bedeutender als die Finanzierung des Haushaltsdefizits über direkte Kreditaufnahme bei der Zentralbank war dabei die Kreditvergabe der Zentralbank an die Geschäftsbanken. Gut drei Viertel dieser Kredite wiederum waren mit der Auflage verbunden, die Mittel an ausgewählte Sektoren, vor allem die Landwirtschaft, die Nahrungsmittelindustrie und die Bauwirtschaft, weiterzuleiten. Die gelenkten Kredite erreichten ein Volumen von 3,8 % gemessen am BIP.<sup>26</sup> Die Zinssätze variierten zwischen 0 und 24 % und lagen somit bei maximal der Hälfte des offiziellen Refinanzierungssatzes, der selbst bereits, vor allem in der zweiten Jahreshälfte, weit unterhalb der laufenden Inflationsrate lag (Abbildung 1).

Angesichts der Dominanz präferentieller Kredite wirkte die Geldpolitik erneut massiv destabilisierend. Das Wachstum sowohl der Geldbasis als auch der erweiterten Geldmenge M3 beschleunigte sich 1998 nochmals deutlich (Tabelle 6). Entsprechend nahm die Geldentwertung dramatisch zu. Trotz umfassender Preiskontrollen stieg die monatliche Inflationsrate gemessen am Verbraucherpreisindex im vierten Quartal 1998 auf über 20 %.

Die beschleunigte Inflation reflektiert dabei einerseits den auf Grund der präferentiellen Kredite aufgestauten Inflationsdruck. Andererseits hat aber auch die Finanz- und Wirtschaftskrise in Rußland den Anpassungsdruck er-

<sup>24</sup> Vgl. ebd.

<sup>25</sup> Vgl. ebd.

<sup>26</sup> Vgl. ebd.

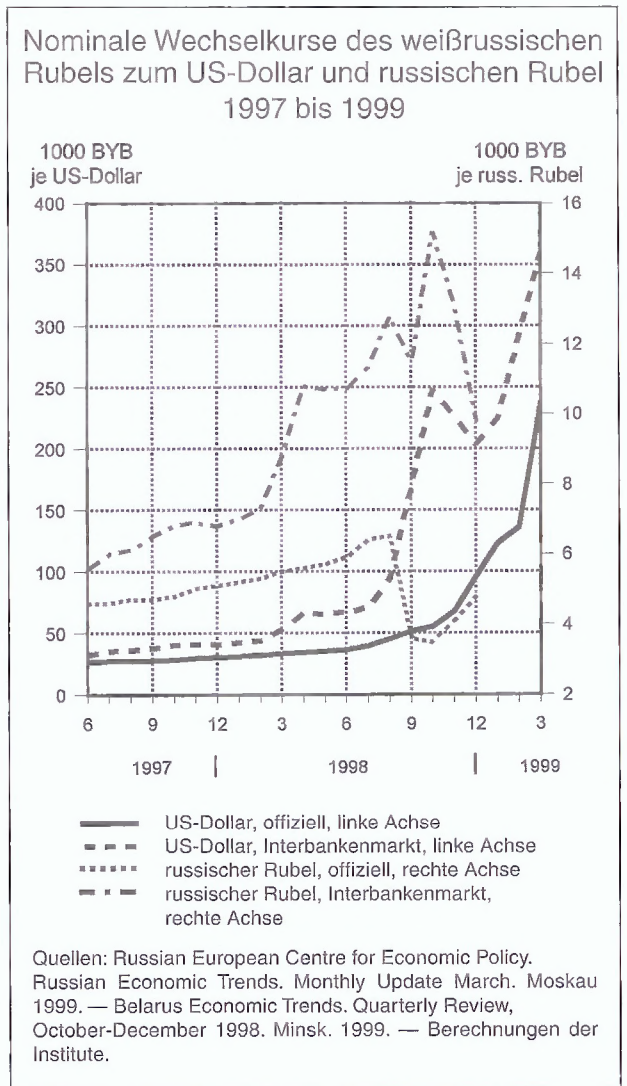
heblich verschärft und zu der Beschleunigung des Geldmengenwachstums beigetragen. Nachdem die Wachstumsraten der Geldmengenaggregate in der ersten Jahreshälfte das Vorjahresniveau nicht überstiegen hatten, nahmen sie im vierten Quartal erheblich zu. Bei der Geldbasis ist die Zunahme größtenteils darauf zurückzuführen, daß die Zentralbank ihre Kredite an die Geschäftsbanken im vierten Quartal nochmals um gut 50 % ausgeweitet hat. Das Wachstum der erweiterten Geldmenge M3 reflektiert vor allem die Abwertung des weißrussischen Rubels und die damit einhergehende Höherbewertung der Fremdwährungskonten.

Auf der Aktivseite der Zentralbankbilanz verdoppelte sich 1998 der Bargeldumlauf im Vergleich zum Vorjahr. Auch hier war der Anstieg im vierten Quartal 1998 besonders ausgeprägt. Das beschleunigte Wachstum der Geldbasis schlug sich vor allem in einer Zunahme der Überschußreserven der Geschäftsbanken im zweiten Halbjahr nieder, was sich dämpfend auf den Geldmultiplikator auswirkte. Ohne diesen Anstieg wären die destabilisierenden Auswirkungen der quasi-fiskalischen Aktivitäten und der zusätzlichen Kredite an die Geschäftsbanken noch deutlicher zu Tage getreten.

Angesichts der krisenhaften Entwicklung suchte die Regierung beim Internationalen Währungsfonds (IWF) um finanzielle Unterstützung in Form eines Kredits in Höhe von 100 Millionen US-Dollar im Rahmen der sogenannten „Compensatory and Contingent Financing Facility“ nach (vgl. Abschnitt Außenwirtschaft). Um die vom IWF genannten Vorbedingungen für die Gewährung eines solchen Kredits zu erfüllen, hätte Belarus im ersten Quartal 1999 wesentliche Korrekturen an der bisherigen Geld- und Wechselkurspolitik durchführen müssen. Im Bereich der Geldpolitik hätten vor allem die Geldemission und die Zinssubventionen für privilegierte Sektoren reduziert werden müssen.

Eigenen Angaben zufolge hat die Zentralbank im Januar 1999 kein zusätzliches Geld emittiert.<sup>27</sup> Im Dezember und

Abbildung 2



<sup>27</sup> RFE-RL vom 9. Februar 1999.

Tabelle 6

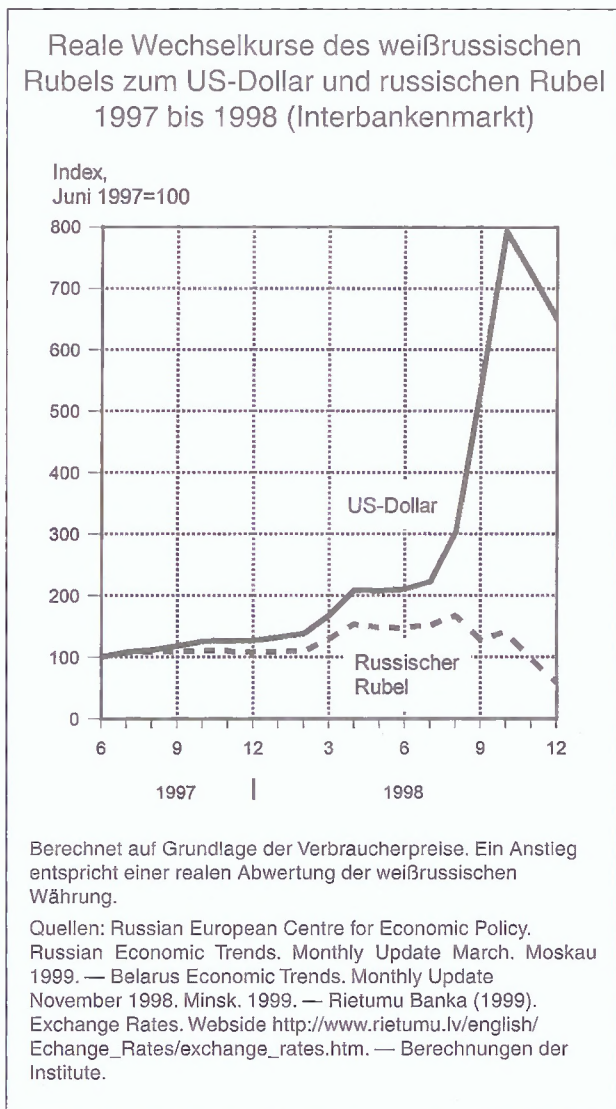
Wachstumsraten der Geldmengenaggregate 1995 bis 1998  
 Periodenendwerte, in %

	1995	1996	1997	1998	1997		1998	
					3. Quartal	4. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Geldbasis	286	78	108	163	25	21	18	60
M3 <sup>1)</sup>	158	52	111	276	21	16	29	121
<i>Memorandum:</i>								
Verbraucherpreise	244	39	63	182	8	7	25	84
Erzeugerpreise	140	29	90	196	6	8	23	99

<sup>1)</sup> Einschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quellen: Belarus Economic Trends, Quarterly Review, October-December 1998, Minsk 1999; Berechnungen der Institute.

Abbildung 3



Januar hob sie ihren offiziellen Refinanzierungszinssatz symbolisch in zwei Schritten von 38 auf 60 % an. Gleichzeitig wurde das für Frühjahr 1999 vorgesehene Volumen subventionierter Kredite an die Landwirtschaft gegenüber den bis dahin gültigen Planungen halbiert und der durchschnittliche Zinssatz für diese Kredite auf 45 % erhöhet.<sup>28</sup> Auch die erhöheten Zinsen liegen jedoch noch deutlich unterhalb der Inflationsrate. Zudem sind in der Vergangenheit die geplanten Obergrenzen für die subventionierte Kreditvergabe an privilegierte Sektoren regelmäßig weit überschritten worden. Bereits im April wurde eine Emission von Krediten an die Landwirtschaft in Hohede von 20 Billionen weißrussischen Rubel angekündigt, die einer Ausweitung der Geldmenge um rund 30 % gleichkommen würde.<sup>29</sup>

Im Zuge der russischen Krise hat sich der Verfall des Auenwerts der weißrussischen Währung, der bereits in der ersten Hälfte 1998 zu beobachten war, noch beschleunigt. Allein von August bis Oktober 1998 verlor der weirussische Rubel gegenüber dem US-Dollar am Mos-

kauer Interbankenmarkt 70 % seines Wertes. Die Differenz zum offiziellen Kurs der Zentralbank, der wesentlich langsamer sank, erreichte im Oktober annähernd 80 %.

Angesichts des wachsenden Ungleichgewichts an den Devisenmärkten hob die Zentralbank den offiziellen Kurs im vierten Quartal um mehr als 50 % von 53 300 auf 107 000 Rubel je Dollar an (Abbildung 2). Trotz dieser massiven Abwertung unterschied sich der offizielle Kurs der Zentralbank noch immer stark vom Kurs am Moskauer Interbankenmarkt (204 000 Rubel je Dollar), der seinerseits erheblich vom Schwarzmarktkurs (400 000 Rubel pro Dollar) abwich.

Im Bemühens um eine Kreditzusage des IWF hat Belarus seit Anfang 1999 in der Wechselkurspolitik einige Korrekturen vorgenommen.<sup>30</sup> So wurde der offizielle Kurs bis Februar weiter auf 136 000 Rubel pro Dollar abgewertet, und die Devisenablieferungspflicht für Wechselstuben wurde von 95 auf 30 % gesenkt. Auch der Devisenhandel am Interbankenmarkt wurde teilweise liberalisiert. Nachdem sich in der Folge eine kurze Stabilisierung der weißrussischen Währung abgezeichnet hatte, setzte sich deren Wertverfall jedoch weiter fort. Anfang April lag der offizielle Kurs der Zentralbank bereits bei 238 000 Rubel, der Schwarzmarktkurs erreichte 457 000 Rubel.<sup>31</sup>

Der reale, d. h. um Differenzen in den nationalen Inflationsraten bereinigte, Wechselkurs gegenüber dem Dollar folgte relativ eng der Entwicklung des nominalen Wechselkurses (jeweils am Interbankenmarkt). Er wertete vor allem im Zuge der russischen Krise deutlich ab (Abbildung 3). Zwar kam es von November 1998 an ähnlich wie beim nominalen Wechselkurs wieder zu einer leichten Aufwertung, aber für das Gesamtjahr bleibt eine reale Abwertung von 80 % bestehen. Anders stellt sich die Entwicklung gegenüber dem russischen Rubel, der Währung des mit Abstand wichtigsten Handelspartners, dar. Hier fiel die reale Abwertung in der ersten Jahreshälfte wesentlich geringer aus und wurde durch die Aufwertung im vierten Quartal mehr als ausgeglichen. ähnliches gilt für den realen Wechselkurs gegenüber der Ukraine. Insgesamt kam es daher im Jahr 1998 zu einer Aufwertung des effektiven, d. h. mit Handelsanteilen gewichteten Wechselkurses.<sup>32</sup> Die Wechselkursentwicklung hat somit im Berichtszeitraum zu neuerlichen Einbußen bei der preislichen Wettbewerbsfähigkeit weirussischer Exporteure geführt.

<sup>28</sup> Vgl. Belarus Economic Trends, a.a.O.

<sup>29</sup> Zugrundegelegt wurde die Basisgeldmenge zum Jahresende 1998; RFE-RL vom 9. April 1999.

<sup>30</sup> RFE-RL vom 9. Februar 1999; vgl. Belarus Economic Trends, a.a.O.

<sup>31</sup> RFE-RL vom 7. April 1999.

<sup>32</sup> Vgl. Belarus Economic Trends, a.a.O.

## Außenwirtschaft

Die russische Wirtschafts- und Finanzkrise hat die bestehenden Probleme in der weißrussischen Zahlungsbilanz von der Jahresmitte 1998 an erheblich verschärft (Tabelle 7). Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Leistungsbilanzdefizit von 6 auf 6,8 % des BIP. Mit Anteilen von fast zwei Dritteln bei den Warenexporten und von über 50 % bei den Importen ist Rußland unverändert der bei weitem wichtigste Handelspartner von Belarus. Entsprechend gingen die weißrussischen Exporte nach Ausbruch der Krise in Rußland insgesamt deutlich zurück. Im vierten Quartal 1998 lagen sie um fast 20 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Auch die Exporte nach Polen, dem wichtigsten westlichen Abnehmerland, lagen im Gesamtjahr 1998 um knapp 25 % unterhalb des Vorjahreswertes. Insgesamt wurde damit die zwischenzeitliche Exportbelebung des zweiten Quartals wieder zunichte gemacht. Gleichzeitig und stärker gingen im zweiten

Halbjahr 1998 und im ersten Quartal 1999 aber auch die Importe zurück und dämpften damit die Auswirkungen des Exportrückgangs auf das Handelsbilanzdefizit.

Parallel zur Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation und einer Abnahme der Devisenreserven nahm die Bedeutung des Barterhandels offenbar weiter zu. Im Handel mit Nicht-GUS-Staaten überstieg dessen Anteil 1998 erstmals 10 %. Im Handel mit Rußland wurden insgesamt mehr als 40 % der Transaktionen auf diese Weise abgewickelt. Noch höher war der Anteil bei den Gasimporten. So hat Belarus offenbar eine Vereinbarung aus dem Frühjahr 1998, wonach 26 % der russischen Gaslieferungen bar zu bezahlen gewesen wären, nicht eingehalten.<sup>33</sup> Vielmehr wurden nur rund 8 % der Lieferungen bar beglichen. Die Schulden aus unbezahlten Energierechnungen sind derzeit Gegenstand von Verhandlungen mit der russi-

<sup>33</sup> RFE-RL vom 15. Januar 1999.

Tabelle 7

### Zahlungsbilanz der Republik Belarus 1996 bis 1998 Millionen US-Dollar

	1996	1997	1997		1997				1998			
			I-III	I-III	I	II	III	IV	I	II	III	IV <sup>1)</sup>
Außenhandel	-1149	-1335	-949	-1151	-497	-224	-229	-387	-486	-372	-293	-287
Exporte	5790	7383	5238	5328	1457	1794	1986	2145	1773	1894	1662	1753
Importe	-6939	-8718	-6186	-6479	-1954	-2018	-2215	-2532	-2259	-2265	-1954	-2039
Nichtfaktordienstleistungen	572	554	405	332	142	142	122	149	116	144	72	106
Export	908	919	650	660	196	217	238	269	224	234	202	191
Import	-336	-365	-245	-328	-54	-75	-116	-120	-108	-90	-130	-85
Faktordienstleistungen	-31	-85	-45	-54	-19	-15	-12	-39	-13	-25	-16	-20
Export	74	31	24	17	3	10	12	7	4	2	11	2
Import	-105	-116	-69	-70	-21	-25	-23	-47	-17	-27	-27	-24
Transfers	91	78	64	75	16	27	21	15	15	43	17	24
Saldo der Leistungsbilanz	-516	-788	-525	-797	-357	-71	-97	-262	-368	-209	-220	-179
Kapitaltransfers	101	133	82	113	33	23	27	51	46	32	34	16
Direktinvestitionen (netto)	73	198	119	87	54	50	16	79	25	40	22	18
Abflüsse	0	-2	-2	-1,7	-0	-0	-2	-0	-0	-1	-0	...
Zuflüsse	73	200	121	88	54	50	18	79	25	41	22	...
Portfolioinvestitionen (netto)	-15	-20	-14	22	2	4	-19	-6	-11	10	23	-8
Abflüsse	-18	-62	-40	21	-4	-19	-17	-22	-11	11	21	...
Zuflüsse	3	42	26	2	6	23	-3	16	0	-1	2	...
Andere Investitionen (netto)	289	383	-26	98	95	-16	-105	408	29	-11	80	86
Abflüsse	-132	25	-133	101	12	-91	-55	159	-50	10	141	...
Zuflüsse	420	358	108	-3	82	76	-50	250	79	-21	-61	...
Saldo der Kapitalbilanz	347	561	80	207	150	38	-108	481	43	39	125	112
Korrekturposten	-146	157	384	166	144	7	233	-227	-46	146	66	12
Saldo	-214	64	22	-312	-30	-3	55	42	-325	9	5	-39
Finanzierung	214	-64	-22	312	30	3	-55	-42	325	-9	-5	...
Reserveaktiva	-79	77	73	91	47	32	-6	4	95	5	-9	...
IMF, Weltbank etc.	0	0	0	-16	0	0	0	0	-8	0	-8	...
Sonderfinanzierung	293	-140	-95	236	-16	-29	-49	-46	238	-14	12	...

<sup>1)</sup> Die Angaben für das vierte Quartal 1998 sind vorläufig und mit früheren Daten nicht unbedingt kompatibel.

Quellen: International Monetary Fund (IMF). International Financial Statistics on CD-ROM, Washington, D.C., March 1999; Berechnungen der Institute.

schen Regierung. Für 1999 strebt Belarus eine Einigung an, die Barzahlungen für 20 % der russischen Gaslieferungen vorsieht. Nachdem Gazprom Anfang 1999 die Energielieferungen an Belarus offenbar reduziert hatte, um Druck zur Zahlung offener Rechnungen in Höhe von 250 Millionen US-Dollar auszuüben, wurden die Lieferungen Mitte März wieder auf das vorherige Niveau zurückgeführt.<sup>34</sup> Die Hintergründe dieser Entscheidung wurden jedoch nicht bekannt.

Das Ausmaß der Zahlungsschwierigkeiten läßt sich daran ablesen, daß die Bruttowährungsreserven wie bereits im Vorjahr weiter zurückgingen. Nach einem starken Rückgang Anfang des Jahres reichten die Reserven im zweiten Halbjahr 1998 nur noch zur Deckung eines Zehntels der monatlichen Importe von Waren und Dienstleistungen.<sup>35</sup> Neben dem beschriebenen Anstieg des Leistungsbilanzdefizits gegenüber dem Jahr 1997 ist dies darauf zurückzuführen, daß sich der Kapitalbilanzüberschuß im Jahr 1998 vermutlich um rund 40 % reduzierte. Im Vorjahr hatte es in der Kapitalbilanz noch einen Überschuß von fast 600 Millionen US-Dollar gegeben, davon machten „andere Kredite“, hinter denen sich in erster Linie Handelskredite verbergen dürften, rund 70 % aus. Im Jahr 1998 lagen die Kapitalzuflüsse in den ersten drei Quartalen zwar noch über dem Vorjahreswert, waren jedoch vorläufigen Angaben zufolge im vierten Quartal deutlich geringer als noch im Vorjahr. Einen besonders starken Rückgang scheint es dabei im Bereich der Han-

delskredite gegeben zu haben. Im Ergebnis entstand ein erheblicher Fehlbetrag, der hauptsächlich durch Sonderfinanzierungen („Exceptional Financing“), d. h. durch die Umschuldung von Verbindlichkeiten und durch Zahlungsrückstände, gedeckt wurde.

Die Verhandlungen der weißrussischen Regierung mit dem IWF über einen Sonderkredit im Rahmen der sogenannten „Compensatory and Contingent Financing Facility“ wurden im Dezember 1998 aufgenommen. Dieses Programm wurde als Ergänzung für vom Währungsfonds genehmigte Anpassungsprogramme zur Unterstützung von Ländern, die auf Grund schwerwiegender externer Schocks in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten sind, aufgelegt. Belarus beruft sich zwar auf die Wirtschaftskrise in Rußland, weigert sich allerdings bisher, ein vom IWF zu genehmigendes Anpassungsprogramm vorzulegen. Insofern fehlen die Voraussetzungen für die Bereitstellung eines Kredits im Rahmen dieser Fazilität. Unter anderem belastet der permanent überbewertete offizielle Wechselkurs den handelbaren Sektor, und die Devisenbewirtschaftung wirkt wie eine Steuer auf Exporte. Zudem behindern das instabile makroökonomische Umfeld sowie Versäumnisse bei ordnungspolitischen Reformen nicht nur inländische Investitionen in Belarus sondern in besonderem Maße auch Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen.

<sup>34</sup> RFE-RL vom 18. März 1999.

<sup>35</sup> Vgl. Belarus Economic Trends, a.a.O.

Tabelle 8

**Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen 1991 bis 1998**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Insgesamt
Privatisierte und umgewandelte Unternehmen	61	190	245	641	467	518	572	418	3 112
Privatisiert durch:									
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	76	53	512
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0	0	0	137
Direktverkauf, Auktion	11	52	93	260	172	208	223	187	1 206
Sonstige Verkäufe	.	.	.	.	.	34	95	89	218
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	4	71	217	259	218	178	89	1 039
davon:									
Republikeigentum	19	32	140	184	53	131	192	140	891
Privatisiert durch:									
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	5	1	11	119
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	0	0	23
sonstige Verkäufe	.	.	.	.	.	34	95	89	218
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	3	68	152	52	92	96	40	506
Kommunales Eigentum	42	158	105	457	414	387	380	278	2 221
Privatisiert durch:									
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	53	75	42	393
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	75	257	172	208	223	187	1 183
Umwandlung in Aktiengesellschaften	0	1	3	65	207	126	82	49	533

Quellen: Belorusskij rynok, Nr. 31/1996, S. 14, Nr. 5/1997, S. 7, Nr. 29/1997, S. 21, Nr. 5/1999, S. 15; Berechnungen der Institute.

## Ordnungspolitik

In Weißrußland waren auf ordnungspolitischem Gebiet weitere Rückschritte zu beobachten. Mittels umfangreicher administrativer Eingriffe in die Wirtschaft wurde auch 1998 eine steigende Produktion erzwungen. Die Produktionszuwächse und der Verweis auf die Schwierigkeiten anderer GUS-Länder wurden dabei von der Regierung als Argumente benutzt, den eigenen Kurs zu rechtfertigen.

Im Vergleich zu anderen Transformationsländern liegt Weißrußland bei der Unternehmensprivatisierung deutlich zurück. Von den für die Privatisierung vorgesehenen 4423 Unternehmen in Republikeigentum war bis Ende 1998 nur ein Fünftel tatsächlich in die Privatisierung einbezogen worden.<sup>36</sup> Die überwiegende Zahl (506 von 891) der Unternehmen, meist Großbetriebe, wurde zudem lediglich in staatliche Kapitalgesellschaften umgewandelt (Tabelle 8). Auf kommunaler Ebene konnten bislang immerhin über 40 % der 4 114 ursprünglich zu privatisierenden Unternehmen, meist kleine Handels- und Dienstleistungsbetriebe, veräußert werden. Im Jahr 1998 hat sich die Anzahl der neu privatisierten wie auch der lediglich umgewandelten Kommunalbetriebe aber weiter vermindert. Die „kleine“ Privatisierung, die in anderen Transformationsländern bereits abgeschlossen ist, wird daher in Weißrußland keinesfalls, wie es in der veränderten Fassung des Privatisierungsgesetzes vom Januar 1999 vorgesehen ist, zur Jahresmitte 1999 beendet werden können.<sup>37</sup> Hinzu kommt, daß der Präsident im Rahmen der sogenannten Scheckprivatisierung<sup>38</sup> mehr Entscheidungsrechte erhalten hat; er bestimmt u. a. den Anteil des Staatsvermögens, der für die unentgeltliche Übertragung vorgesehen ist. Die Scheckprivatisierung ist in der Vergangenheit auf Grund eines geringen Angebots an Aktien sehr langsam verlaufen — bis Frühjahr 1998 konnte die Bevölkerung nur reichlich ein Drittel ihrer Schecks in Aktien umtauschen. Auch künftig dürfte die Scheckprivatisierung stagnieren. Für das Jahr 1999 ist zwar geplant, eine Vielzahl von Unternehmen in staatliche Kapitalgesellschaften umzuwandeln; konkrete Verkaufsabsichten wurden jedoch nicht geäußert. Darüber hinaus wurde eine Liste mit 695 Staatsunternehmen vorgelegt, die aus Gründen der Wahrung nationalen Interesses von der Privatisierung ausgenommen werden sollen. Dies deutet darauf hin, daß die Privatisierung bestenfalls formal fortgesetzt werden soll.

Im Jahresverlauf 1998 ist im staatlichen Sektor die Anzahl der Verlustbetriebe sowie deren Nettoverschuldung gestiegen.<sup>39</sup> Die Subventionierung der Landwirtschaft, in der weniger als 1 % der Anbaufläche durch rein private Betriebe bewirtschaftet wird, wurde fortgesetzt. Seit Herbst 1998 wurde verschiedentlich angekündigt, die Kreditvergabe an unprofitable Landwirtschaftsbetriebe zu reduzieren bzw. einzustellen.<sup>40</sup> Zudem sollte noch im Frühjahr 1999 die Restrukturierung von 40 Staatsunter-

nehmen verschiedener Branchen eingeleitet werden. Ob die Vorhaben umgesetzt werden, ist angesichts der damit verbundenen Anpassungen, wie Beschäftigungsabbau und gegebenenfalls Betriebsschließungen, zu bezweifeln. Aktive Maßnahmen zur Restrukturierung von Unternehmen waren in der Vergangenheit jedenfalls nicht zu beobachten.

Die rein formale Natur der Privatisierung äußert sich auch darin, daß der Staat versucht, seine direkte Einflußnahme selbst auf die privatisierten Unternehmen zu bewahren bzw. sogar zu erhöhen. Der Staat hat beispielsweise das Recht, in Unternehmen, auch noch nachträglich, eine sogenannte „goldene Aktie“ einzuführen, die ihm ein Vetorecht in wichtigen Unternehmensentscheidungen verleiht.<sup>41</sup> Die Forderung des IWF, die Regelungen über die „goldene Aktie“ abzuschaffen, wurde bislang ignoriert. In weißrussisch-ausländischen Unternehmen soll die Einführung einer „goldenen Aktie“ nur unter Zustimmung des ausländischen Investors vorgenommen werden. Ausländische Investoren engagieren sich jedoch auf Grund der allgemein unzureichenden Rahmenbedingungen und der punktuell ergriffenen Sondermaßnahmen, wie der in den Jahren 1996 bis 1998 durchgeführten Neuregistrierung von Unternehmen<sup>42</sup>, bislang nur sehr zögerlich in Weißrußland. Gemessen am BIP und an der Gesamtbeschäftigung haben ausländische wie ausländisch-weißrussische Unternehmen eine äußerst geringe Bedeutung (Tabelle 9). Die schlechten Rahmenbedingungen behindern auch die Entfaltung von Kleinunternehmen, in denen nur etwa 5 % der Erwerbstätigen beschäftigt sind.

Die freie Preisbildung wurde 1998 weiter eingeschränkt. In dem Maße, wie die Preiskontrollen wirksam waren, haben sie zu Versorgungsmängeln und Rationierungen geführt; auf illegale Exporte nach Rußland wurde mit verstärkten Exportkontrollen reagiert. Das geplante neue Preisbildungsgesetz, das starke Staatseingriffe vorsieht, wurde noch nicht verabschiedet. Dessen ungeachtet wird in die Preisbildung mit Ad-hoc-Maßnahmen eingegriffen.

<sup>36</sup> Vgl. Belarus Economic Trends, a.a.O.

<sup>37</sup> Vgl. Belorusskij rynok, Nr. 5/1999. S. 4.

<sup>38</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands — Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? DIW et al. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/94. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 234/1994, IWH Forschungsreihe 4/1994.

<sup>39</sup> Vgl. Belarus Economic Trends, a.a.O., S. 92 f. und 164.

<sup>40</sup> Vgl. Minsk Economic News, Nr. 6/1999.

<sup>41</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands — Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise. DIW et al. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/98. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 314/1998. IWH Forschungsreihe 3/1998.

<sup>42</sup> Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands — Vom Reformwiderstand zum Reformabbau. DIW et al. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/96. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 314/1996. IWH Forschungsreihe 8/1996.

Tabelle 9

## Gemischte und ausländische Unternehmen 1991 bis 1997

	1991 <sup>1)</sup>	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Zahl registrierter Unternehmen	283	832	1 447	2 070	2 645	2 856	1 903
davon wirtschaftlich aktiv	102	209	411	676	881	1 371	1 235
Produktion in % des BIP	0,8	1,5 <sup>1)</sup>	3,0	0,4	2,5	3,4	7,9
Beschäftigte in % der Gesamtbeschäftigten	0,2	0,2	0,4	0,5	0,6	0,9	1,1

<sup>1)</sup> Nur gemischte Unternehmen.  
 Quellen: Belorusskij ekonomičeskij žurnal. Statističeskie materialy. Nr. 3. S. 122 ff., Minsk 1998; Kooperationsbüro Osteuropa (KOST) (Hrsg.). Wirtschafts- und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa — Sammelband 1998. Berlin.

Die in einem Präsidialdekret vom 15. Januar 1999 festgesetzten Eckdaten für die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 1999 enthalten keine Vorgabe für den Anstieg der Verbraucherpreise. Der Verzicht signalisiert die Verunsicherung der politischen Führung. Mißerfolge in der Inflations Eindämmung sind so nicht mehr quantifizierbar, und die verfehlte Preispolitik wird weniger angreifbar.

Am 25. Dezember 1998 wurde der zwischen Weißrußland und Rußland bestehende Unionsvertrag vom 2. April 1997 durch eine gemeinsame Deklaration, einen Vertrag über gleiche Rechte der Bürger in beiden Staaten und ein Abkommen über die Schaffung gleicher Bedingungen für die Wirtschaftssubjekte ergänzt.<sup>43</sup> Gemäß der Deklaration bleiben Rußland und Weißrußland souveräne Staaten mit eigenen Präsidenten. Es ist vorgesehen, gemeinsame Unionsorgane zu schaffen. Die Annäherung beider Länder soll wie bisher etappenweise erfolgen. Auf wirtschaftlichem Gebiet sollen bereits im ersten Halbjahr 1999 rechtliche Rahmenbedingungen angeglichen, ein gemeinsames Zollgebiet gebildet und die Steuergesetzgebung vereinheitlicht werden. Darüber hinaus sollen Vorbereitungen zur Einführung einer gemeinsamen Währung getroffen werden. Ob es zu einer derart weitreichenden Integration beider Länder kommt, ist indes äußerst zweifelhaft. Die im Rahmen des bestehenden Unionsvertrags vorgesehenen Maßnahmen wurden bislang, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich umgesetzt.<sup>44</sup> Gegen eine rasche Integration spricht zudem der gerade auf ordnungspolitischen Gebiet zu verzeichnende große Abstand zwischen den beiden Ländern. Allerdings besteht in Rußland angesichts der momentanen ordnungspolitischen Desorientierung die Gefahr einer Stagnation oder sogar Rücknahme von marktwirtschaftlichen Reformen. Zugleich gibt es in Weißrußland keinerlei Anzeichen für eine Aufgabe des reformfeindlichen Kurses.

### Zusammenfassung

Die Republik Belarus zeichnet wirtschaftspolitisch seit Jahren einen Weg vor, der auf die russische Politik eine gewisse Anziehungskraft auszuüben scheint. Zum Kern

des weißrussischen Konzepts gehört der Versuch einer raschen Erhöhung der Produktion mit Hilfe notenbankfinanzierter Zuweisungen direkt an die Unternehmen. Dies geht einher mit einer extremen Ausweitung der Geldmenge. Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Weißrußland steht auch ein stark überbewerteter offizieller Wechselkurs. Bei dem Versuch, die zahlreichen negativen Auswirkungen dieser Politik zu unterbinden, muß das Regime zu immer weiter ausufernden administrativen Eingriffen in wirtschaftliche Abläufe greifen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse sind jedoch so, daß kürzlich sogar Präsident Lukaschenko äußerte: „Warum werden unsere Menschen von Monat zu Monat ärmer ..., wo wir doch unsere Industrie und Landwirtschaft so dynamisch entwickeln?“<sup>45</sup> Die Ursache sieht die politische Führung in der russischen Finanzkrise und einer wetterbedingt schlechten Ernte in Weißrußland. Die eigene wirtschaftspolitische Konzeption wird nach wie vor für richtig gehalten, ja sogar als Vorbild für Rußland präsentiert. Allerdings kam es im Verlauf des Jahres 1998 vor allem als Folge der massiven wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen zu einem unübersehbaren Verfall der offiziell berichteten Wachstumsraten des BIP und seiner Aggregate. Die Inflation erreichte mehr als 180 %. Für 1999 ist damit zu rechnen, daß sich diese Entwicklung noch verschärft, das BIP in einer Größenordnung von 5 % sinkt und sich die Inflation wiederum im dreistelligen Bereich bewegen wird.

<sup>43</sup> Vgl. „Deklaracija o dal'nejašem edinenii Belarusi i Rossii“, „Dogovor meždu Belarus' i Rossijskoj Federacii o ravných pravach graždan“, „Soglašenije meždu Respubliki Belarus' i Rossijskoj Federacii o sozdanii ravných uslovij sub'ektam chozjajstvovanija“. In: Respublika vom 29. Dezember 1998, S. 1 f. Inzwischen hat auch die Republik Jugoslawien ihr Interesse bekundet, der Union beizutreten.

<sup>44</sup> Deshalb vermutete Präsident Lukaschenko jüngst, die russische Seite sei nicht ernsthaft an der Schaffung eines gemeinsamen Staates interessiert. Vgl. RFE-RL vom 8. April 1999.

<sup>45</sup> Weißrussisches Fernsehen, zitiert nach RFE-RL vom 12. November 1998.

# Aus den Veröffentlichungen des DIW

## Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehdnel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— 1 / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Rölller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dieter Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.

# Aus den Veröffentlichungen des DIW

## Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO<sub>2</sub>-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GfB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten In Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin  
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200  
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,  
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

*Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus — Verfall wird offenkundig.*

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Wachsmuthstr. 12, D-13467 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304